

Die katholische Kirche im Bundestagswahlkampf 1998

Wahlen stellen in Demokratien immer eine politische Zäsur dar. Die amtierende Regierung und die sie tragenden Parteien müssen ihre Politik ebenso dem Urteil der Bürger unterwerfen wie die Oppositionsparteien, deren Bestreben darin besteht, die Regierung abzulösen, um selbst Regierungsverantwortung zu übernehmen. Insofern bringen Wahlen wichtige demokratische Prinzipien zur Geltung wie zum Beispiel, daß politische Herrschaft immer nur Herrschaft auf Zeit sein darf, daß sie in regelmäßigen Abständen neu legitimiert werden muß und daß ein Austausch der politisch Herrschenden möglich sein muß. Im Wahlakt wird der demokratische Grundsatz, wonach alle Macht vom Volke ausgeht, zumindest formal Wirklichkeit. Die dem Wahlakt selbst vorausgehenden Wochen und Monate werden bestimmt vom Wettbewerb der um die Stimmen der Bürger werbenden Parteien und ihrer Repräsentanten. Charakteristisch für diese Phase ist die besonders große Aufmerksamkeit, die die Parteien der Öffentlichkeit und öffentlichen Ereignissen zuteil werden lassen. Das wiederum verschafft neben den gesellschaftlichen Verbänden auch den Religionsgemeinschaften günstige Voraussetzungen, um ihren Anliegen und Interessen gegenüber der Politik nachdrücklicher als sonst Gehör zu verschaffen.

Stellungnahmen der Kirche im Wahlkampf

Vor diesem Hintergrund sind die Bemühungen der katholischen Kirche zu sehen, sich mit eigenen Stellungnahmen in den Wahlkampf einzuschalten und ihre Positionen zu wichtigen politischen, sozialen und gesellschaftlichen Problemen zur Diskussion zu stellen¹. Dabei soll deutlich werden, wie groß die (Nicht-)Übereinstimmung zwischen den Vorstellungen der katholischen Kirche und den verschiedenen Parteien ist. Auf diese Weise haben die katholischen Christen die Möglichkeit, ihre Wahlentscheidung danach auszurichten, welche Partei ihrer Kirche am nächsten steht. Die katholische Kirche hat deshalb in sogenannten „Wahlhirtenbriefen“ immer wieder, auch politisch, Stellung im zwischenparteilichen Wettbewerb bezogen, was gelegentlich heftige öffentliche Reaktionen hervorgerufen hat. Hauptgegenstand der Kritik war meistens eine tatsächliche oder vermeintliche Wahlunterstützung der CDU/CSU durch die katholische Kirche².

Es war deshalb keine Überraschung, daß die katholischen Bischöfe auf ihrer

Frühjahrskonferenz in Bad Honnef entschieden, auch zur Bundestagswahl 1998 ein Hirtenwort vorzulegen. Ein Verzicht darauf wäre auch nur schwer zu begründen gewesen. Zum einen galt es für die katholische Kirche, Kontinuität zu bewahren. Auch bestand bei den Medien eine gewisse Erwartungshaltung, der die Bischöfe zwar nicht unbedingt nachkommen mußten, die aber doch bei Ausbleiben eines Hirtenwortes entsprechende Nachfragen ausgelöst hätte. Zum anderen hätte man aber auch die Chance vertan, sich öffentlichkeitswirksam für bestimmte, die Kirche drängende Probleme einzusetzen. Und schließlich war den Bischöfen sehr daran gelegen, daß die katholische Kirche auch weiterhin politisch ihren Platz in der Gesellschaft behauptet. Die Bischöfe waren sich außerdem darin einig, sich weder parteipolitisch festzulegen noch formelle Wahlprüfsteine zu verabschieden. Allerdings wollte man aus kirchlicher Sicht zu einer Reihe aktueller Probleme wie zur Arbeitslosigkeit oder zum Schutz des ungeborenen Lebens Stellung beziehen. Die ursprüngliche Planung sah vor, das Hirtenwort noch vor der Sommerpause zu veröffentlichen.

Eine der inhaltlichen Grundlagen für den Wahlhirtenbrief sollte das Wort der beiden großen Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland sein. Hierfür setzten sich auch eine Reihe katholischer Verbände wie das Deutsche Kolpingwerk, der Katholische Deutsche Frauenbund oder der Bund Katholischer Unternehmer ein. Darüber hinaus versuchte man seitens der katholischen Verbände, Einfluß auf Themen und Inhalte des geplanten Wahlhirtenbriefs zu nehmen. Jedoch unterschieden sich die Erwartungen zwischen den Verbänden ganz beträchtlich. Nach Auffassung der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung sollte auf jeden Fall vermieden werden, daß man mit dem Wahlauf Ruf in die Nähe der „C“-Parteien gerückt werden könnte. Gleichwohl mußten die Bischöfe deutlich Partei für die Arbeitslosen ergreifen, sich für die Familien einsetzen und gegen die finanzielle Benachteiligung von Eltern gegenüber Kinderlosen mobil machen. Im Gegensatz dazu plädierte der Bundesvorsitzende des Kolpingwerks und CDU-Bundestagsabgeordnete Heinz Schemken dafür, daß die Bischöfe sich mehr mit dem nachlassenden Wertebewußtsein befassen und sich mit konkreten Äußerungen zur Politik zurückhalten sollten. Wieder andere Verbände hofften, daß die von ihnen verfolgten Anliegen ebenfalls im Hirtenbrief angesprochen würden. Konsens zwischen den Verbänden bestand jedoch darin, daß eine einseitige Festlegung zugunsten einer Partei, wie verklausuliert auch immer, auf jeden Fall vermieden werden sollte. Inwieweit die Stellungnahmen katholischer Verbände Einfluß auf den Inhalt des Wahlhirtenbriefs genommen haben, läßt sich nicht feststellen. Es darf aber wohl angenommen werden, daß zumindest der umfangreiche Wahlauf Ruf der Vollversammlung des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken Eingang in die Überlegungen der Deutschen Bischöfe gefunden hat.

Die Bischöfe selbst haben sich mit konkreten Äußerungen zum Wahlkampf,

soweit dies der Berichterstattung der Presse zu entnehmen ist, aber zurückgehalten. Der Bischof von Essen, Hubert Luthe, hob die Option für die Arbeitslosen hervor und beklagte den wahlkampfbedingten Stillstand bei politischen Entscheidungen. Der Erzbischof von Berlin, Kardinal Georg Sterzinsky, warnte nachdrücklich die demokratischen Parteien vor Bündnissen mit extremen Parteien, nachdem die Bischöfe zuvor sowohl rechtsextremen als auch linksextremen Parteien eine klare Absage erteilt hatten. Seitens der Bischöfe war man zudem der Meinung, daß Katholiken nicht Mitglieder der PDS sein könnten. Von daher richtete sich die Warnung des Berliner Erzbischofs auch in erster Linie an die SPD, die in Sachsen-Anhalt mit der PDS eine Tolerierungsvereinbarung getroffen hatte. Daneben forderte das „Forum der Orden“ die Bischöfe und Ordensleitungen dazu auf, die Parteien zum Abschluß eines Fairneßabkommens zu drängen. Weiterhin wurden die Parteien in einem offenen Brief der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen nachdrücklich davor gewarnt, die Ausländerproblematik zum Wahlkampfthema zu machen und das Thema Ausländerfeindlichkeit anzuhetzen. Und schließlich bemängelte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, der Mainzer Bischof Karl Lehmann, den Show- und Werbecharakter des Wahlkampfs und die Vernachlässigung von wichtigen konkreten Gestaltungsproblemen der Gesellschaft.

Das Hirtenwort der Bischöfe

Auf solche Probleme sind die Bischöfe dann in ihrem „Wort zur Bundestagswahl 1998“³ eingegangen, das, entgegen der ursprünglichen Planung, erst vier Wochen vor der Bundestagswahl veröffentlicht worden ist. Angesprochen wurden eine Vielzahl von Problemen wie die deutsche Einheit, die Arbeitslosigkeit, soziale und wirtschaftliche Probleme, geistige Orientierungslosigkeit, Ehe und Familie, Fremdenfeindlichkeit, Asylpolitik sowie der europäische Einigungsprozeß. Dieses breite Themenspektrum konnte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Bischöfe eindeutige Stellungnahmen, die im Wahlkampf parteipolitisch hätten instrumentalisiert werden können, weitgehend vermieden haben. Die inhaltlichen Aussagen des Wahlhirtenbriefs bewegten sich entweder auf einer Ebene des „Einerseits-Andererseits“ und des „Sowohl-Als-auch“ oder aber es wurden Probleme nur neutral angesprochen, ohne daß ihre Ursachen und die für sie (Mit-)Verantwortlichen genannt wurden. Mit dem Wahlhirtenbrief sollten den katholischen Christen Gesichtspunkte für eine verantwortliche Entscheidungsfindung an die Hand gegeben werden. Kriterien dafür sollten die Leistungen der Parteien, ihr Menschenbild und Gesellschaftsverständnis und die von ihnen vorgeschlagenen Problemlösungen sein, aber auch die sachliche Kompetenz und die persönlichen Überzeugungen der Bundestagskandidaten. Für die Bischöfe war es nur folge-

richtig, „auch die politischen Parteien und ihre Repräsentanten ernsthaft nach ihrer ethischen Grundorientierung und ihrer religiösen Haltung zu befragen“. Und sie waren der Auffassung, daß überzeugte Christen Abgeordnete in den nächsten Deutschen Bundestag wählen sollten, die eine religiöse Fundierung ihres Wertebewußtseins erkennen ließen. Gleichzeitig wiesen die Bischöfe darauf hin, daß Christen die Pflicht hätten, sich an der Wahl zu beteiligen.

Der doch recht allgemein gehaltene Tenor, in dem das „Wort zur Bundestagswahl 1998“ im Vergleich zu früheren Wahlhirtenbriefen gehalten war, mag ein wesentlicher Grund dafür gewesen sein, daß es nur auf eine geringe öffentliche Resonanz gestoßen ist und auch keine weiteren öffentlichen Debatten provoziert hat. Es wurde an einem Freitag der Presse vorgestellt, so daß alle größeren Tageszeitungen mehr oder weniger ausführlich in ihren Wochenendausgaben darüber berichteten, doch schon in den Montagsausgaben fand sich keine Zeile mehr darüber. Auch bei den Parteien stieß es nur auf sehr verhaltenen Widerhall. Soweit sich dies ersehen läßt, haben sich keine hochrangigen Vertreter der Unionsparteien und der Freien Demokraten dazu geäußert. Auch die Führungsspitze der SPD sah offensichtlich keinen Anlaß, näher auf den Wahlhirtenbrief einzugehen. Man überließ eine öffentliche Stellungnahme dem stellvertretenden Parteivorsitzenden Wolfgang Thierse, der sich in seiner Kommentierung jedoch nur auf ganz wenige Passagen bezogen hat. Er würdigte zwar das Eintreten der Bischöfe für mehr Arbeitsplätze sowie für soziale Gerechtigkeit als Bedingung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, doch monierte er zugleich, daß es nicht nur darauf ankomme, an Werte zu erinnern, sondern daß es darum gehe, Werte zu verwirklichen. Offensichtlich waren ihm die Aussagen der Bischöfe zur Bundestagswahl zu wenig konkret.

Ähnlich selektiv sind auch Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen mit dem Hirtenbrief verfahren. Die im Hirtenbrief von den Bischöfen besonders hervorgehobene gesellschaftliche Bedeutung von Ehe und Familie nahmen ihre Bundesvorstandssprecherin Gunda Röstel sowie die kirchenpolitische Sprecherin Christa Nickels zum Anlaß, für das Eheschließungsrecht homosexueller Paare einzutreten, dabei wohl ignorierend, daß die Bischöfe eine rechtliche Gleichbehandlung der Ehe mit „anderen Formen des Zusammenlebens“ scharf verurteilt hatten. Darüber hinaus warfen sie dem Wort indirekte Wahlkampfunterstützung für die Unionsparteien vor, weil man sich gescheut hätte, diese als die Hauptadressaten der bischöflichen Mängelliste zu benennen. Gleichwohl sahen die beiden bündnisgrünen Sprecherinnen im Hirtenwort in der Familien- und Ausländerpolitik ausreichend Ansatzpunkte, um die Grünen aus christlich-katholischer Sicht zu wählen.

Kritische Rezeption

Kritik am Wahlhirtenbrief kam aber nicht nur von einzelnen Parteien und den Medien, sondern auch aus katholischen Laienorganisationen wie dem Bund der Deutschen Katholischen Jugend. Ihre Sprecherin warf den Bischöfen eine Unterstützung der aktuellen Regierungspolitik vor, weil sie die Situation auf dem Arbeitsmarkt beschönigt hätten, während die Initiative Kirche von unten ihren „bevormundenden Stil“ kritisierte. Die insgesamt moderate Kritik am Wahlhirtenbrief ist sicherlich darauf zurückzuführen, daß die deutschen Bischöfe erhebliche Vorsicht haben walten lassen, um nicht parteipolitisch vereinnahmt zu werden. Das ist ihnen vermutlich auch gelungen, allerdings um den Preis, daß nach kürzester Zeit niemand mehr vom Hirtenbrief gesprochen hat; selbst die Bischöfe sind nicht mehr öffentlichkeitswirksam darauf zurückgekommen. Aber so parteipolitisch neutral, wie sich der Hirtenbrief gegeben hat, war er bei genauerem Hinsehen nicht. Insofern hatten die Grünen mit ihrem Vorwurf, er schone allzusehr die gegenwärtige Regierung und die Unionsparteien, nicht ganz unrecht. So hatten die Bischöfe weitgehend die Einschätzung der Bundesregierung übernommen, nach deren Auffassung der Tiefpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung überschritten sei. Auch die kritischen Ausführungen über die rechtliche Gleichbehandlung von Ehe und „anderen Formen des Zusammenlebens“ waren vor allen gegen diesbezügliche Bestrebungen bei Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der FDP gerichtet. Allerdings war dies eine Position, die die katholische Amtskirche schon immer vertreten hat und die sie jetzt nur noch einmal bekräftigte. Auffällig waren auch die sehr zurückhaltenden Ausführungen zur Ausländerpolitik, nachdem man einige Zeit zuvor die Abschiebep Praxis der Bundesregierung in dieser Frage noch stark kritisiert hatte. Diese indirekte Parteinahme zugunsten der Unionsparteien ließ sich aber nur bei einer intensiven Auseinandersetzung mit dem Text herauslesen.

Die Rezeption des Wahlhirtenbriefs rief wiederum eine Reaktion der Bischöfe hervor. Bischof Lehmann monierte, daß sich die Kritiker häufig nur auf solche Passagen konzentriert hätten, die, je nach Lage, entweder auf ihr Gefallen oder Mißfallen gestoßen seien. Dabei bezog er sich vor allem auf die Reaktionen der Grünen sowie auf die Kritik an den Passagen zur Ausländerpolitik. Zugleich wies Lehmann aber auf eine Selbstverständlichkeit hin, indem er darauf aufmerksam machte, daß der Text nicht unfehlbar sei und man über ihn sprechen und streiten sollte. Aber genau dazu hat der Wahlhirtenbrief nicht genügend Anstöße gegeben. Über die Gründe kann nur spekuliert werden. Vielleicht hätten die Unionsparteien und die CDU/CSU-Politiker im Bundeskabinett den Wahlhirtenbrief aufgreifen und sich einzelne Passagen daraus zu eigen machen sollen, um auf diese Weise ihre enge Verbundenheit mit der katholischen Kirche zu demonstrieren. Daß sie dies offensichtlich ganz bewußt nicht getan haben, lag zum einen

wohl daran, daß die Aussagen im Wahlhirtenbrief eben nur sehr eingeschränkt als zugunsten der Unionsparteien interpretiert werden konnten. Zum anderen war aus Meinungsumfragen bekannt, daß die Wahlen in den neuen Bundesländern entschieden werden würden. Angesichts des dortigen geringen Katholikenanteils an der Bevölkerung war es für die CDU nicht gerade opportun, sich allzu eng mit dem Wahlhirtenbrief zu identifizieren. Insofern war es aus der Perspektive der CDU am besten zu schweigen. Auch die Medien hatten kein Interesse daran, die Stellungnahme der Bischöfe zur Bundestagswahl über einen längeren Zeitraum zum Gegenstand ihrer Berichterstattung zu machen. Dafür war sie zum einen zu wenig kontrovers angelegt und zum anderen thematisch viel zu heterogen.

Die Zurückhaltung der Bischöfe, mit ihrem Hirtenbrief im Wahlkampf politische Kontroversen auszulösen und parteipolitisch zugunsten der „C“-Parteien Stellung zu beziehen, könnte zwei Gründe gehabt haben. Einer davon dürfte darin bestanden haben, daß sich die Bischöfe nicht die Türen zu einer künftigen Regierungskoalition aus Sozialdemokraten und Grünen verschließen wollten, deren Wahrscheinlichkeit von allen demoskopischen Umfragen betont wurde. Ein anderer und wohl eher zutreffender Grund war aber, daß die Bischöfe von einer rot-grünen Regierungskoalition keine gravierenden, die Interessen der Kirche verletzenden Veränderungen erwarteten. In diesem Sinne stellte sogar der Fuldaer Erzbischof Dyba, der gemeinhin zum konservativen Flügel der deutschen Bischöfe gezählt wird, in einem Statement für den Spiegel fest: „Für die Kirche als solche sehe ich keine bedrohliche Entwicklung voraus, egal, wie die neue Regierung aussehen wird. Die Kirche kann sich in offener Konfrontation ebenso gut behaupten wie in schleichender Umarmung.“⁴

Dementsprechend verhalten waren dann auch die Stellungnahmen katholischer Kreise zum Wahlergebnis. Die Deutsche Bischofskonferenz erwartete keinen grundlegenden Wandel im Verhältnis von katholischer Kirche und neuer Bundesregierung, zumal parlamentarische Mehrheiten für weiterreichende Veränderungen im Verhältnis von Staat und Kirche ohnehin nicht gegeben wären. Gleichzeitig wurden aber auch eine Reihe von Erwartungen vorgetragen, die man von der neuen Bundesregierung erfüllt sehen wollte. Dabei wurde unter anderem auf die Themen Ehe und Familie, Steuern, Bündnis für Arbeit, Religionsunterricht und Schutz des ungeborenen Lebens verwiesen. Weniger zurückhaltend als die Bischöfe äußerten sich einige katholische Verbände zum Wahlergebnis, die, wie die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung, entweder den Regierungswechsel offen begrüßten oder dies, wie auch der einflußreiche Frankfurter Sozialethiker Friedhelm Hengsbach, mit einer Reihe von Hoffnungen für eine bessere Politik verbanden.

Mit ihrem „Wort zur Bundestagswahl 1998“ hat die katholische Kirche unmittelbar in den Bundestagswahlkampf eingegriffen und insofern ein politisches Mandat wahrgenommen. Im Gegensatz zu früheren Zeiten wurde dies von keiner

der Bundestagsparteien angezweifelt, was vor allem darauf zurückzuführen ist, daß keine eindeutige Wahlempfehlung gegeben worden ist und die Bischöfe sich auch sonst mit parteipolitisch einseitigen Äußerungen zurückgehalten haben. Dies wiederum zeigt eine mittlerweile veränderte Einstellung der deutschen Bischöfe zur Politik im allgemeinen und den Parteien im besonderen, die inzwischen, trotz vieler nach wie vor bestehender Meinungsunterschiede zwischen Politik und Kirche, doch sehr viel pragmatischer geworden ist und Berührungssängste kaum noch kennt. Darüber hinaus reflektiert die weitgehend ausgewogene Stellungnahme der Bischöfe aber auch die veränderte Situation in der katholischen Laienkirche. Angesichts bedeutsamer, auch politisch wirksamer Pluralisierungsprozesse⁵ dort hätte jede andere amtskirchliche Stellungnahme aller Wahrscheinlichkeit erhebliche innerkirchliche Auseinandersetzungen hervorgerufen. Allerdings ist auch nicht zu übersehen, daß sich das Wort der Kirchen in den Medien als eine Eintagsfliege erwiesen hat. Inwieweit dies mit seinem Inhalt oder mit besonderen situativen Gegebenheiten des Wahlkampfes zusammenhängt oder eine generelle Einflußabnahme der katholischen Kirche in Politik und Gesellschaft signalisiert, bleibt noch genauer zu überprüfen. Der Bundestagswahlkampf 1998 würde die These eines Einflußverlustes jedenfalls stützen.

ANMERKUNGEN

¹ Katholische Kirche im demokratischen Staat, hg. v. A. Fitzek (Würzburg 1981)

² M. Rock u. J. v. Rutenberg, Kirchliche Interventionen in den politischen Prozeß: Hirtenworte zu Bundestagswahlen, in: Die Kirchen u. die Politik, hg. v. H. Abromeit u. G. Wewer (Opladen 1986) 263–276.

³ Der Wortlaut des Textes findet sich in: Der Sonntag, Kirchenzeitung für das Bistum Limburg, 6. 9. 1998, 26.

⁴ Der Spiegel, 28. 9. 1998, 42.

⁵ K. Gabriel, Christentum zwischen Tradition u. Postmoderne (Freiburg 1992).